



Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

Bundesgeschäftsstelle
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin

Fon: (030) 288 756 310

Fax: (030) 288 756 329

Email: info@dbsh.de

Web: www.dbsh.de

Ansprechpartner:

Herr Kohle

(Assistent des 1.

Vorsitzenden)

Email: kohle@dbsh.de

Fon: (030) 288 756 311

Pressemitteilung

01.12.2014

Stellungnahme zur aktuellen Situation der Flüchtlinge in Deutschland und Europa.

Nicht nur reden – jetzt ist Handeln angesagt.

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit als die berufsständische Vertretung der beruflichen Sozialen Arbeit sieht mit großer Sorge wie die Bundesrepublik mit dem Problem der Flüchtlinge vor allem aus dem Magreb und dem Nahen Osten umgeht. Wir fordern **die Bundesregierung** und **das Europäische Parlament** auf eine aktive Rolle für eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge zu sorgen, die in Europa Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung in ihren Heimatländern suchen.

„Es ist die gewollte Abschottungs- und Abschreckungspolitik der Europäischen Union“, so Amnesty international. „Denn auf rechtmäßigem Weg können Flüchtlinge Europa nicht erreichen. Je stärker die Landesgrenzen überwacht und abgeriegelt werden, umso häufiger nehmen die Menschen den gefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich.“¹

So sehr Deutschland sich finanziell engagiert um die Zustände der Flüchtlinge vor allem in Jordanien, dem Libanon und der Türkei zu verbessern und dies vor allem im Blick auf den kommenden Winter, ist kritisch zu hinterfragen, warum Deutschland nicht stärker in der Europäischen Union darauf drängt, dass Europa die Grenzen für Flüchtlinge öffnet. Die Furcht vor einem Massenandrang von Flüchtlingen nach Europa oder Deutschland ist unbegründet. Nach Informationen von Pro Asyl sind die Flüchtlinge immer in der Hoffnung auf Rückkehr in den Nachbarstaaten geblieben.²

¹ dto.

² Quelle: N24-Online vom 28.10.2014 | 08:27 Uhr, zuletzt aktualisiert um 09:03 Uhr,

<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/5619672/pro-asyl-fordert-oeffnung-der-eu-grenzen.html>

Die meist durch Kriegs- und Terrorerfahrungen stark traumatisierten Menschen brauchen Sicherheit und ein Minimum an Geborgenheit und Achtung vor ihrer Menschenwürde.

Die Profession Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechtsprofession. Vor diesem Hintergrund wenden wir uns an die politischen Verantwortlichen in Deutschland und Europa und fordern die politischen Verantwortlichen auf Bundes-, Landes-, kommunaler und europäischer Ebene auf:

- verstärkt Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.
- das Resettlement-Programm in Deutschland auszuweiten, Ausgrenzung von Flüchtlingsgruppen zu vermeiden und ihren Einfluss geltend zu machen, das Resettlement-Programm in allen europäischen Mitgliedstaaten deutlich auszuweiten. „Unter Resettlement versteht das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat. Dieser sollte den Betroffenen vollumfänglichen Flüchtlingsschutz gewähren und eine Integrationsperspektive eröffnen.“³ Menschen, die nicht mehr in ihre Länder zurückkehren können, erhalten dadurch eine dauerhafte Lebensperspektive. Auf diese Weise müssen Flüchtlinge sich nicht noch zusätzlichen tödlichen Gefahren auf dem Weg nach Europa aussetzen.
- die Kommunen und Gemeinwesen, die Flüchtlinge aufnehmen und Beratung und Hilfe organisieren, finanziell besser auszustatten.
- Sozialprofessionelle Beratungsangebote für Flüchtlinge in den Unterkünften und den Quartieren der Gemeinwesen sofort ausreichend mit einem Schlüssel von **maximal** 1:100 zur Verfügung zu stellen.
- Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit Erfahrung in der Flüchtlingsberatung bei der Planung und der Organisation der Unterbringung zwingend zu beteiligen
- dafür zu sorgen, dass die Integrationsprozesse von Fachkräften der Sozialen Arbeit durchgeführt werden.
- die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in den Aufnahmeländern zu verstärken.
- sich aktiv an einer langfristigen Hilfe für diese Länder zu beteiligen.
- sich für die Stärkung und Achtung der Menschenrechte weltweit einzusetzen.

Berlin, 27.11.2014.

Der Geschäftsführende Vorstand (GfV)

³ Webseite des Deutschen Caritasverbands, <http://www.caritas.de/glossare/resettlement>